

Die Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses



HOCHTAUNUSKREIS

BESCHLUSSPROTOKOLL

der 14. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit
am Montag, den 12.03.2018, im Landratsamt Bad Homburg v. d. Höhe.
Sitzungsdauer 17:35 Uhr bis 18:35 Uhr

A. Anwesend

Vorsitzende

Birgit Hahn

CDU

Dr. Dagmar Charrier
Dr. Nicole Demme
Heidrun Kaunzner
Thorsten Schorr
Gregor Sommer
Sebastian Sommer

SPD

Rebecca Schmidt
Dr. Stephan Wetzel

GRÜNE

Lars Keitel
Hadmut Lindenblatt
Dirk Sitzmann

FDP

Dr. Stefan Naas
Ulrike Schmidt-Fleischer

AfD

Thomas Langnickel
Andreas Sell

FWG

Götz Esser

DIE LINKE.

Okan Karasu

parteilos

Andreas Moses
Kim-Philipp Nowak

Kreisausschuss

Ulrich Krebs
Uwe Kraft
Katrín Hechler
Hartmut Haibach
Rudolf Kretzschmar
Andrea Pfäfflin
Dr. Regina Sell

Schriftführerin

Nina Huwig

Kreistagsvorsitzender und Stellvertreter/innen

Jürgen Banzer
Peter Münch
Thomas Papadopoulos
Dagmar Reuter

Kreistagsabgeordnete, die nicht dem Ausschuss angehören

Alexander Jackson

Verwaltung

Sascha Bastian
Sabine Baumgart
Adrian Bursy
Uwe Fink
Michael Frauenstein
Nina Haibach
Thorsten Hartwig
Anita Hense
Andrea Herzig
Pawel Janta
Brit Kerfien
Verena Lerch
Ludwig Maiworm
Reiner Plomer
Swaantje Stelling
Annette Volk

B. Eröffnung

Die Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Frau Birgit Hahn eröffnet die 14. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit. Sie begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

C. Abwicklung der Tagesordnung

TOP	Bezeichnung/Beschlusstext	Vorlagen-Nr.
-----	---------------------------	--------------

1. Mitteilungen

Herr Landrat Ulrich Krebs informiert über die Umschuldung eines Darlehens bei der Helaba. Weiterhin informiert er über das Volumen der in Anspruch genommenen Kassenkredite und über den Gesamtschuldenstand des Hochtaunuskreises zum 28.02.2018. Die entsprechenden Konditionen sowie der aktuelle Schuldenstand sind dem Protokoll als Anlage I beigefügt.

Der aktuelle Sachstandsbericht zur Prüftätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes wird dem Protokoll als Anlage II beigefügt.

2. Wahl einer Schriftführerin

Es wird vereinbart, die Wahl per Akklamation durchzuführen.

Der Haupt- und Finanzausschuss wählt einstimmig Frau Nina Huwig zu seiner Schriftführerin.

Die Gewählte nimmt die Wahl an.

3. Auftragsvergaben über 5000 € im 4. Quartal 2017

2018/0475/KA

Die Ausschussvorsitzende Frau Birgit Hahn ruft den Tagesordnungspunkt zur Beratung auf. Die Fragen der Ausschussmitglieder werden von Herrn Landrat Ulrich Krebs, der Kreisbeigeordneten Frau Katrin Hechler, Herrn Bastian (Leiter des Fachbereichs Schule und Betreuung) und Herrn Plomer (Leiter des Fachbereichs Hochbau) beantwortet.

Zu Punkt 18 der Aufstellung „Qualifizierungsmaßnahme im hauswirtschaftlichen Bereich „Mehrgenerationenhaus“ wird für das Protokoll nachträglich festgehalten, dass die Kosten für die Qualifizierungsmaßnahme zu 100% aus dem Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget des Landes Hessen finanziert werden.

Zu Punkt 25 der Aufstellung „Beschaffung einer kombinierten Informations- und Warn-App für den Katastrophenschutz des Hochtaunuskreises wird nachgefragt, um welches Produkt es sich dabei handelt.

Für das Protokoll wird nachträglich festgehalten, dass es sich bei dem beschafften Produkt um die App „BIWAPPplus“ von der Firma Marktplatz GmbH - Agentur für Web & App handelt. BIWAPP steht für BevölkerungsInformations und WarnApp. Als Plusvariante ist sie extra für den Hochtaunuskreis weiterentwickelt worden, um auch von anderen Fachbereichen des Hauses Informationen einstellen zu können, wie z. B. Informationen über Schulausfälle und Straßensperren.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Zusammenstellungen der Fachbereiche Finanzservice und Einkauf, Schule und Betreuung, Hochbau, Informations- und Technologieservice über die Vergabe von Aufträgen über 5.000,00 € im 4. Quartal 2017 zur Kenntnis.

4. **Satzung des Hochtaunuskreises über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem Landesaufnahmegesetz (LAG)** **2018/0484/KA**

Mit einleitenden Worten zur Satzung des Hochtaunuskreises über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem Landesaufnahmegesetz (LAG) verweist Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler auf die Tischvorlage mit der Übersicht der Gebühren der Hessischen Landkreise (Anlage III).

Im Laufe der Diskussion beantwortet Frau Annette Volk (Leiterin des Fachbereichs Ausländer, Flüchtlinge und Personenstandswesen) die Fragen der Abgeordneten. Insbesondere wurde die Höhe der Gebühr von 375,00 € für den Hochtaunuskreis und deren Ermittlungsgrundlagen erläutert.

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3), AfD (2)
 Nein: ./.
 Enthaltung: FDP (2), GRÜNE (3), FWG (1)

gefasster Beschluss

Die Gebührensatzung für die Erhebung von Gebühren in Unterkünften für Flüchtlinge wird rückwirkend zum 01. Januar 2017 beschlossen.

5. **Hessenkasse** **2018/0479/KA**

Frau Nina Haibach (Leiterin des Fachbereichs Finanzservice und Einkauf) erläutert auf Nachfrage ausführlich die Funktion der HESSENKASSE.

Herr Landrat Ulrich Krebs beschreibt noch einmal die Hintergründe des zu befassenden Beschlusses und empfiehlt die Zustimmung.

Nach kurzer Diskussion beantragt Herr Langnickel die getrennte Abstimmung der Ziffern 1-5 und Ziffer 6 des Beschlusstextes.

Gegen die getrennte Abstimmung erhebt sich kein Widerspruch.

2017/0479/KT
 Ziffern 1-5

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3), GRÜNE (3), FDP (2), AfD (2), FWG (1),
 Nein: ./.
 Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

1. Der Hochtaunuskreis beschließt, das Angebot des Landes zur Kassenkreditentschuldung nach dem Ersten Teil des HESSENKASSEgesetzes anzunehmen.

2. Der Hochtaunuskreis verpflichtet sich, den Ergebnis- und Finanzhaushalt in Planung und Rechnung ab dem Jahr 2019 nach § 92 Abs. 4 bis 6 HGO auszugleichen sowie die Vorgaben zu den Liquiditätskrediten nach § 105 HGO zu beachten. Ab dem Haushaltsjahr 2019 werden die Zahlungen der ordentlichen Tilgung und der Beitrag zum Sondervermögen HESSENKASSE grundsätzlich aus Mitteln der laufenden Verwaltungstätigkeit erwirtschaftet und somit eine Fremdfinanzierung vermieden.
3. Der Hochtaunuskreis verpflichtet sich des Weiteren, nach Maßgabe des HESSENKASSEgesetzes einen jährlichen Beitrag von 25 Euro je Einwohner an das Sondervermögen HESSENKASSE zu leisten.
4. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss nach Maßgabe des Vorgenannten, bis zum 30. April 2018 (Ausschlussfrist) einen Antrag auf Teilnahme an dem Entschuldungsprogramm der HESSENKASSE an das Finanzministerium zu richten, die hierfür erforderlichen Verpflichtungserklärungen unverzüglich zu übersenden (Vorlage der beglaubigten Abschrift der Beschlüsse des Kreistages bis spätestens 31. Mai 2018) und die Bestandskraft eines entsprechenden Bewilligungsbescheides durch Erklärung des Rechtsbehelfsverzichts unmittelbar herbeizuführen.
5. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss des Weiteren, die zur Umsetzung der Kassenkreditentschuldung erforderliche Ablösungsvereinbarung mit der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) zu schließen, in der insbesondere die zur Ablösung vorgesehenen Kassenkredite aufgeführt sowie die Ablösungszeitpunkte und die Ablösungsmodalitäten geregelt und für den Fall, dass Zinsdienst- und Entschuldungshilfen beantragt und gewährt wurden, die Kassenkredite aufgeführt und die Zahlungen festgelegt sind.

2017/0479/KT
Ziffer 6

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3), GRÜNE (3), AfD (2), FWG (1)
Nein: AfD (2)
Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

6. Der Hochtaunuskreis verpflichtet sich, den jährlichen Eigenbeitrag so zu erwirtschaften, dass eine Erhöhung der Kreisumlage nur als „ultima ratio“ herangezogen werden muss.

6. Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE Informationsfreiheitssatzung

2017/0429/KT/1

Der vorgelegte Bericht der Verwaltung wird diskutiert und in Teilen verschieden interpretiert. Während Herr Sitzmann dafür plädiert den Antrag auf Vorlage eines Entwurfs einer Informationsfreiheitssatzung zu beschließen, sieht Herr Gregor Sommer derzeit keinen Bedarf. Er verweist zudem darauf, dass zunächst eine Initiative des Landes Hessen abgewartet werden sollte.

Abstimmungsergebnis

Ja: FDP (2), GRÜNE (3), FWG (1)
Nein: CDU (6), SPD (3)
Enthaltung: AfD (2)

abgelehnter Beschluss

Der Kreisausschuss wird beauftragt, den Entwurf einer Informationsfreiheitssatzung für den Hochtaunuskreis vorzulegen.

Die Satzung sollte eine Erledigungsfrist für gestellte Anträge enthalten. Soweit möglich sollten auch die Beteiligungen des Hochtaunuskreises einbezogen werden.

7. Verschiedenes

./.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, dankt die Ausschussvorsitzende Frau Birgit Hahn allen Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt die Sitzung.

gez. Birgit Hahn
Vorsitzende

gez. Nina Huwig
Schriftführerin